

Rede des Abgeordneten Rüdiger Sagel zur Sondersitzung des Landtags am Mittwoch, den 4. März 2009

Nachtragshaushalt: Bilanz des Scheiterns – Verschuldungsrekord

Verfassungswidriger Haushalt - Linssen Rücktritt überfällig

Beim Kölner Straßenkarneval konnte man sehen, was die Menschen in NRW von der Regierungspolitik in NRW halten. Die Profitratten zogen durch die Kölner Straßen und hielten den RegierungspolitikerInnen den Spiegel vor.

Noch vor kurzem wurden alle Vorschläge der LINKEN zur Vergesellschaftung von Unternehmen abgetan und die Mitglieder der LINKEN als Systemfeinde beschimpft und in NRW immer noch vom Verfassungsschutz überwacht. Mittlerweile bedienen sie sich problemlos an unseren Vorschlägen. Doch so haben wir uns die Vergesellschaftung nicht vorgestellt, dass Schulden und Defizite sozialisiert und vor allem die Banker Millionensummen privatisieren können. Dass diese Nieten in Nadelstreifen, die sich mit krimineller Energie bereichert haben, dies als Leistungszulage deklarieren, ist schon nicht mehr schamlos sonder ein kaum zu übertreffender Zynismus. Diese Gier ist schamlos und sie schauen dem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind sie anscheinend auch mit dem Haushalt NRW der jetzt, wie bereits vor Wochen von mir und der LINKEN vorausgesagt, erneut verfassungswidrig ist. Es ist ein Skandal, dass sie den Haushalt erst kürzlich verabschiedet haben in der Gewissheit, dass er jetzt nur ein paar Wochen später die reine Makulatur ist. Die Krise lässt das Land NRW tief ins Minus rutschen und durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung in 2009 auf 5,6 Mrd. Milliarden Euro steigt die Verschuldung jetzt auf einen Rekordstand von über 122 Milliarden Euro.

Es ist eine Bilanz des Scheiterns von CDU/FDP und dieser "Kahle Asten" ist der höchste jemals erreichte Schuldenstand in der Geschichte von NRW, der zu einem jährlichen Schuldendienst von über 5 Milliarden Euro führt. Zu der Rekordneuverschuldung trägt wesentlich die katastrophale Unternehmenssteuerreform bei. Es ist bezeichnend, dass jetzt für Konzerne und Vermögende, die in den vergangenen Jahren schon massiv steuerlich entlastet wurden, erneut milliardenschwere Schutzschirme aufgespannt werden, während Beschäftigte, Erwerbslose und ihre Familien im kalten Regen stehen und für die Krise zahlen sollen. Der selbsternannte 'ehrliche Kaufmann' Linssen, der nach Übernahme seines Regierungsamtes weder Nachtragshaushalte noch steigende Verschuldungen dulden wollte, ist jetzt nach dreieinhalb Jahren Tätigkeit vollständig und in allen Punkten komplett gescheitert. Nach dem Milliarden Desaster bei der WestLB, für das Linssen ebenfalls wesentliche Mitverantwortung trägt, war sein Rücktritt schon längst fällig, doch er klebt weiter am Sessel und sieht zu, wie jetzt die Wirtschaft in NRW baden geht.

Für Opel soll es laut CDU auf Bundesebene keine finanzielle Unterstützung geben. "Nicht systemrelevant!" sei das Unternehmen laut CDU, so konnte man es heute morgen in der ARD hören. Die LINKE sagt dazu: Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her. Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr. Eine Lösung für Opel muss auf jeden Fall die Beibehaltung aller europäischen Produktionsstandorte beinhalten, immerhin geht es allein hier in Bochum um 6.000 Arbeitsplätze – und da sind die Beschäftigten bei den Zulieferern nicht mit eingerechnet. Die Bundes- und Landesregierung dürfen nicht versagen wie im Fall Nokia vor einem Jahr. Die LINKE in NRW sichert ihre uneingeschränkte Solidarität im Kampf der Kolleginnen und Kollegen von Opel zu. Wir werden alle Aktionen der Belegschaft auch in Zukunft mit ganzer Kraft unterstützen.

In der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie sind in der Krise und haben völlig versagt. „We are still sleeping“, das müsste man sagen, denn ihre Reise, Herr Ministerpräsident, war ein populistischer Akt ohne konkrete Ergebnisse. Ich hatte ihnen anlässlich Ihrer Haushaltsrede eine gute Reise zugerufen, die hatten Sie offenbar. Die Beschäftigten von Opel haben nichts und ihnen droht die Arbeitslosigkeit!

Bei der WestLB wird die Dramatik immer größer. "Brüssel zählt WestLB an", so konnte man es heute im Handelsblatt lesen!! Die EU verlangt bis Ende März einen Sanierungsplan. Eine weitere Fristverlängerung, drei Monate wurden bereits gewährt, soll es nicht geben. 80 Milliarden Euro Risiken sind vakant und sollen ausgelagert werden. Doch das Prozedere ist nicht klar, eine sog. "Bad Bank" gibt es noch nicht. Die Privatisierung droht, so kann man aus Insiderkreisen hören. Aber Sie wollen der WestLB erneut Milliarden hinterherwerfen, letztlich auf Kosten der Steuerzahler, die für Ihre Krise aufkommen müssen.

Bei einer Sache versagen Sie nicht, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuerzahlenden Bürger aufkommen. Das werden wir noch erleben. 60 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind noch in keiner Weise davon überzeugt, dass Ihre Kriseninterventionsmaßnahmen tatsächlich Wirkung zeigen.

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ wird Die Linke auf die Straße gehen. Wir werden gegen die Politik, die in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gemacht wird, demonstrieren. Links wirkt – das erlebt man mittlerweile überall. Die Verstaatlichung von Banken ist offensichtlich kein Thema mehr. Die Löcher werden immer größer. Doch „Privat vor Staat“ bleibt die Devise, und die Heuschreckenpartei FDP fordert jetzt sogar die vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens.

Es muss gespart werden, der Gürtel muss wieder enger geschnallt werden, das ist Ihre Devise, auch in Berlin. – Die Leute im Land haben verstanden.

Die Haushalts- und Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung. Das Ende der Arbeitslosenberatung ist nur ein Beispiel. Das ist natürlich eine Folge der völlig verfehlten Hartz-Politik von SPD, Grünen und CDU. Die CDU bringt es jetzt hier in Nordrhein-Westfalen auf den Punkt. Sie will nicht fördern, was ihr schadet. Daher will sie die Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger möglichst uninformiert lassen und lässt deshalb die Arbeitslosenberatungsstellen wegfallen.

Auch in NRW hat Hartz zu einem Flächenbrand geführt. Mittlerweile sind weit über eine Million Menschen von Hartz betroffen. Über 500.000 Kinder werden unter solchen Verhältnissen groß. Gemäß ihrem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“ setzen CDU und FDP auch im Landeshaushalt 2009 diese völlig unsoziale Politik der Kälte fort.

Dieser Haushalt ist eine Katastrophe, er ist eine Bilanz des Scheiterns mit ungedeckten Schecks. Millionen in Nordrhein-Westfalen sind von Ihrer unsozialen Politik der Kälte betroffen.